Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss foresty journal =

Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 30 (1879)

Artikel: Betrachtungen über den Vollzug der Bestimmungen des eidg.

Forstpolizeigesetzes, betreffend die Aufstellung von Wirthschaftsplänen

Autor: Fankhauser

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-763320

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

"Hoch die Gastfreundschaft und die Wälder Zofingens" war der Gedanke, unter dem man sich die Hände zum Abschied schüttelte und

"Auf Wiedersehen in Neuenburg" die Losung der Trennung und des Schlusses der diesjährigen schweizerischen Försterversammlung.

Marau, den 31. Dezember 1878.

Der Präsident: Dr. Brentano. Der Aktuar: A. von Orelli.

Aus den Verhandlungen des ständigen Komites. In der dritten Sitzung des ständigen Komites in Bern, am 9. März, wurden die von den Herren Lindt und Wild auf Grundlage der Verhandslungen vom 19. Dezember v. J. redigirten Allgemeinen Grundsätze für die Vermarkung und Vermessung der Waldungen im eidg. Aufsichtsgebiet durchberathen und als Vorlage an die nächste Vereinsversammlung festzgestellt. Dieselben werden im nächsten Heft dieser Zeitschrift abgedruckt.

Rücksichtlich der Aufstellung einer Forststatistif der Schweiz wurde beschlossen, dem Verein vorzuschlagen, es sei die Aufstellung der provisorischen Wirthschaftspläne abzuwarten, bevor zur Sammlung des Materials geschritten werde, weil vorher aus einem großen Theil der Kantone keine Zahlen erhältlich wären, die erheblich mehr bieten würden, als die im Bericht über die Untersuchung der Gebirgswaldungen enthaltenen.

Als Mitglied des Forstwereins wurde aufgenommen, Herr Giger, Bezirksförster in Teufen, Appenzell A.=Rh.

Betrachtungen

über den Vollzug der Bestimmungen des eidg. Forstpolizeigesehes, betreffend die Aufstellung von Wirthschaftsplänen.*

Von Fankhauser, jun.

II.

Wir haben im ersten Theil dieses Aufsatzes nachzuweisen gesucht, wie wichtig es ist, die Bewirthschaftung der öffentlichen Waldungen

^{*)} Herr Kantonsoberförster Wild in St. Gallen hatte die Güte uns darauf aufmerksam zu machen, daß im dortigen Kanton bereits fünf definitive Wirthschaftspläne bestehen, und drei nahezu beendigt sind. Wir berichtigen daher hiemit die bezügliche, im I. Theil dieses Aufsates enthaltene Ungenauigkeit, wenn dieselbe auch auf die angeführten Kesultate von keinem merkbaren Einfluß ist.

möglichst bald durch Aufstellung von Betriebsoperaten zu ordnen und wie wenig bis dato diese Frage ihrer Lösung näher gerückt ift.

Wir wollen nun untersuchen, welche Bedingungen zu einer rationellen Vollziehung der Art. 16 und 17 des eidg. Forstpolizeigesetzes nothwendig sind, und auf welche Weise diesen Bedingungen Genüge geleistet werden kann.

Selbstverständlich führen auch hier verschiedene Wege zu demselben Ziele; um den richtigsten zu finden, ist die Angelegenheit möglichst allseitig zu erörtern und es müssen die verschiedenen Meinungen ausgetauscht werden. Unsere Absicht ist einzig die Erledigung dieser Frage neuerdings anzuregen und nach unseren Kräften zu deren Klärung beizutragen.

Auf die rein technischen Punkte, d. h. auf die Erörterung aller jener Anforderungen, denen ein Wirthschaftsplan gerecht werden muß, wollen wir hier nicht eintreten, sondern behalten uns dieß für später vor.

Um aber darzuthun, was wir eigentlich unter einem provisorischen Wirthschaftsplan verstehen — in Betreff der definitiven sind die Forstleute glücklicher Weise ziemlich einig — verweisen wir auf ein vorzügliches Reserat, das Herr Oberförster Schluep über diesen Gegenstand an der Forstversammlung in Interlaten im Jahre 1877 hielt. Nach den damals vorgeschlagenen Minimal-Anforderungen sest ein provisorischer Wirthschaftsplan eine wirthschaftliche Eintheilung und ein Croquis, aus welchem die Flächen approximativ ermittelt werden können, sowie eine oculare Taxation der Holzvorräthe und des Zuwachses voraus. Außer der Fixirung des nachhaltigen Etats hätte aber dieses Operat einige Notizen über die dieseherigen Wald- und Wirthschaftszustände, sowie Vorschriften über die zustünstige Behandlung der Waldungen zu enthalten.

Wollte man auch von diesem absolut Nothwendigen noch abbrechen, so könnte wohl kaum mehr von einem Wirthschaftsplan die Rede sein.

Dadurch, daß die Kantone durch Vorlage einer Taxations-Instruktion, welche der Genehmigung des Bundesrathes bedarf, darthun, was sie unter Wirthschaftsplänen verstanden wissen wollen, wäre aber nur erst eine Seite der Angelegenheit berührt. Um den Art. 16 und 17 des Gesetzes Genüge zu leisten, muß der Bund von den Kantonen noch weitere Garantien verlangen, nämlich dafür, daß:

- 1. Wirthschaftspläne nur von Leuten angefertigt werden, welche dazu befähigt sind;
- 2. Die Kantone ihr Möglichstes thun, die provissorischen Wirthschaftspläne innert der gesetzlich bestimmten Frist zu vollenden;

3. Die für definitive und provisorische Wirthschaftspläne aufgestellten Normen wirklich zur Anwendung fommen und die Operate mit der nöthigen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit angesertigt werden.

Betrachten wir diese drei Punkte etwas näher.

Es wird wohl Niemand bestreiten, daß es nicht zulässig ist, die Ansfertigung von Betriebsoperaten Jedem, der sich dazu berufen fühlen könnte, zu gestatten.

Die Wirthschaftsplan-Anfertigungen gehören nicht nur zu den schwierigsten Arbeiten des Forstmannes, sondern auch zu denjenigen, bei welchen Fehler und Mißgriffe die größte Tragweite haben können. Besonders ist dieß der Fall, wenn das aussührende Forstpersonal, das den Wirthschaftsplan handhaben soll, nicht die nöthige wissenschaftliche Bildung besitzt, in Folge dessen keinen Einblick hat in den Sinn und Geist eines Wirthschaftsplanes, sondern denselben nur mechanisch vollzieht. Die Wirthschaftsplane müssen somit unbedingtes Vertrauen verdienen und sie werden es, wenn die Taxatoren möglichst gründliche und allseitige Bildung bessitzen, daneben aber gewissenhaft und durchaus zuverlässig sind. Ueberdieß bedarf es jedenfalls einer besonderen, praktischen Besähigung zur richtigen Würdigung der örtlichen Verhältnisse, so daß z. B. ein Forstkandidat, der eben seine forstlichen Studien absolvirt hat, gewiß nicht ohne Weiteres selbstständig Wirthschaftspläne, und namentlich keine provisorischen, ans fertigen kann.

Nach unserer Ansicht wäre die Anfertigung von Wirthsichaftsplänen zu gestatten:

- 1. Allen fantonalen Forstbeamten mit wissenschaftlicher Bildung.
- 2. Denjenigen Forstleuten, die eine wissenschaftliche Bildung besitzen, welche sie zur Anstellung befähigt, und die überdieß entweder während einer gewissen Zeit, z. B. 1 oder $1^{1/2}$ Jahr mit Erfolg praktisch angestellt waren, oder aber unter der Leitung tüchtiger Forstbeamten oder Taxatoren bereits befriedigende Wirthschaftspläne angesertigt haben.

Es ist nun freilich richtig, daß der Begriff von "wissenschaftlicher Bildung, welche zur Anstellung befähigt", gegenwärtig noch ein nichts weniger als bestimmter ist. Ungefähr wird derselbe den Anforderungen, die zur Erlangung des Diploms an der Forstschule in Zürich gestellt werden, entsprechen, jedoch ist, namentlich mit Rücksicht auf solche, welche ihre Bildung an einer ausländischen Anstalt holen, absolut nothwendig, daß man ihnen die Möglichkeit gebe, sich über ihre Kenntnisse auszu-

weisen. Bu dem Ende wird wohl in nicht ferner Zeit ein eidg. Forftsexamen = Reglement aufgestellt werden muffen.

Was den zweiten Punkt anbelangt, so mag in einzelnen Kantonen bei der geringen Anzahl von gebildeten Forstleuten wirklich die Unmöglichkeit bestehen, sämmtliche provis. Wirthschaftspläne innert den eingeräumten fünf Jahren zu beendigen, und diese Schwierigkeiten werden natürlich durch keine Vorschriften gehoben. Wenn man daher von den Kantonen eine Garantie verlangt, so ist es nur dafür, daß sie diese Arbeiten möglichst zu fördern suchen, und daß nicht solche Maßnahmen getroffen werden, welche von vornherein die Ausführung des Gesetzes unmöglich machen.

Diesenigen, welche der Ansicht sein sollten, daß derartige Verpflichtungen überflüssig seien, machen wir darauf aufmerksam, daß es zur Stunde noch mehrere Kantone giebt, welche zu dem bereits vor drei Jahren promulgirten eidg. Forstpolizeigesetze noch keine Vollzugsverordnungen erlassen haben. Es darf daher gewiß nicht überall nur guter Wille und Entgegenkommen vorausgesetzt werden.

Wenn aber die Bundesversammlung in das Gesetz selbst die Termine aufgenommen, und deren Festsetzung nicht den Vollziehungsverordnungen überlassen hat, so scheint uns hiedurch eben ausgedrückt, welches Gewicht man auf einen raschen Vollzug legte. Die Bundesbehörde hat daher die Pflicht, denselben energisch zu fördern und wenn sie von den Kantonen nur dafür einen Nachweis verlangt, daß die Möglichkeit der Ausführung nicht von vornherein ausgeschlossen sei, so ist dieß gewiß das Allergeringste, was gesordert werden muß.

Es sind nämlich zwei Fälle zu unterscheiden:

Entweder verpflichtet sich der Staat, den Gemeinden und Korporationen die Wirthschaftspläne durch seine Forstbeamten anzusertigen, sei es nun unentgeldlich oder sei es gegen eine Entschädigung, oder aber der Staat übernimmt in dieser Hinsicht keine Verbindlichkeiten, sondern verpflichtet einfach die Gemeinden und Korporationen innert der eingeräumten Frist die Wirthschaftspläne, selbstverständlich entsprechend den gegebenen Vorschriften, ansertigen zu lassen.

Im ersten Falle kann man, wenn ein einzelner Wirthschaftsbeamter neben seinen laufenden Geschäften noch 6—8000 Hektaren öffentliche Waldungen einzurichten hat, unbedenklich sagen, daß es nicht möglich sei, das Gesetz zu vollziehen. Dieß darf aber der Bund nicht zugeben, sondern er muß verlangen, daß entweder einem Forstbeamten ein nicht größeres Areal zugetheilt werde, als er wirklich einrichten kann, ober

aber, wenn der Kanton dieß nicht will, so soll er ein besonderes, aus= reichendes Taxationspersonal anstellen.

Wird dagegen die Verpflichtung zur Aussührung der Wirthschaftspläne den Gemeinden und Korporationen überbunden, so ändert sich die Sachlage insosern, als die Waldbesitzer genöthigt sind, die Aussührung dieser Arbeiten geeigneten Taxatoren gegen Bezahlung zu übertragen. Hiedurch wird der freien Bewerbung gerusen. Dieselbe hilft zwar dem Mangel an tüchtigen Forstleuten, der manchenorts besteht, nicht plöplich ab, jedoch wirkt sie demselben am nachdrücklichsten entgegen, und es berechtigt alles zu der Annahme, daß bei einer anständigen Honorirung der Wirthschaftspläne und bei Aussicht auf den nöthigen Berdienst sich das Personal bald einsinden werde. Wie überall, so wird auch hier durch die freie Konkurrenz das Verhältniß zwischen Bedarf und Angebot am besten reglirt werden, besonders wenn man den Taxatoren Freizügigkeit in den verschiedenen Kantonen gestattet. Aus diese Weise geschähe jedenssalls was sich unter den jetzigen Verhältnissen für eine rasche Ansertigung der Wirthschaftspläne überhaupt thun läßt.

Endlich halten wir für nothwendig, eine gewisse Sicherheit dafür zu besitzen, daß wirkliche Wirthschaftspläne und nicht beliebige, werthlose Machwerke statt derselben angesertigt werden.

Theilweise liegt eine Garantie hiefür bereits darin, daß die Kantone für ihre Bollziehungsbestimmungen, Instruktionen 2c. die Genchmigung des Bundes einzuholen haben. Wir glauben dies genüge aber nicht. Es gibt bekanntermaßen Kantone, welche ganz gute und zweckmäßige Forstgesetze und tropdem sehr unerquickliche forstwirthschaftliche Zustände besigen. Ebenso würde es Kantone geben, die ganz gute Instruktionen aufstellen und doch nur sehr mangelhafte Wirthschaftspläne ansertigen lassen würden. Welche Nachtheile dieß mit sich bringt, haben wir bereits gesehen.

Bur Ausführung der Art. 16 und 17 muß sich daher die Konstrolle des Bundes unbedingt auch auf die Qualität der Wirthschaftsplane selbst erstrecken. Ist dieselbe zu gering, so wird das Gesetz nicht vollzogen und hiegegen muß der Bund sein Beto einlegen können. Man muß ihm somit die Möglichkeit geben, sowohl die allgemeinen Dispositionen eines Wirthschaftsplanes wie Einstheilung, Umtriebszeit, Schlagreihenfolge 2c., welche vor der Ausarbeitung des Operates sixirt werden, als auch die völlig beendigten Arbeiten zu verisiziren. Selbstverständlich verstehen wir hierunter nicht, daß seder Wirthschaftsplan, bevor er sanktionirt werden kann, erst durch die Hände des eidg. Forstinspektorates gehen müsse, sondern nur daß diesem die

Berechtigung eingeräumt werde, hin und wieder einzelne Arbeiten zu untersuchen.

Eine derartige Kontrolle scheint uns um so angemessener, als in denjenigen Kantonen, die nur einen einzigen Forstbeamten haben, ein und dieselbe Person den Wirthschaftsplan ansertigen und ein Gutachten über dessen Brauchbarkeit und Zulässigkeit zur Sanktion abgeben muß. Selbstwerständlich fällt es uns nicht ein, die Fähigkeit und Zuverlässigkeit der betreffenden Beamten im Mindesten in Zweisel zu ziehen, es handelt sich hier eben um das Prinzip, ob eine Kontrolle stattsinden solle oder nicht.

Gang abgesehen von derselben glauben wir übrigens, daß es jedem mit Wirthschaftseinrichtungen beschäftigten Forstmanne angenehm sein muß, Gelegenheit zu finden, über diesen und jenen Bunkt mit Fachgenoffen Rücksprache zu nehmen; kommen doch bei diesen Arbeiten eine Menge von Fragen vor, welche von den verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet werden können und für deren Lösung eine Berathung, eine Besprechung mehrerer Sachverständiger von größtem Nugen ift. Sehr oft, ja gewöhnlich haben aber diese Fragen eine ganz bedeutende Tragweite, fo daß ein Entscheid möglichste Vorsicht erheischt. Alle vorgeschrittenen Staaten haben diesen Umstand gehörig gewürdigt und entsprechende Magnahmen getroffen. In Bayern g. B. wo das verwaltende Forstversonal mit der nöthigen Afsistenz die Betriebseinrichtungen und Revisionen selbst beforgt, werden für jedes Operat die Wirthschaftsgrundsätze von einem Kreisforst= beamten an Ort und Stelle geprüft und nachher im Kreisforstbüreau einer nochmaligen Berathung unterstellt, bevor die Arbeit zur Super-Revision und Empfehlung zur Sanktion an das Forsteinrichtungsbureau gelangt.

In Sachsen ist die Wirthschaftseinrichtung einem Forstingenieur (dem eine Anzahl von Gehülfen beigegeben sind) unter Mitwirkung des Wirthschaftsbeamten übertragen, und es erfolgt eine nicht weniger sorgsfältige Berathung der Wirthschaftsgrundsätze und Verisikation des aussgeführten Operates.

Aehnliche Verhältnisse bestehen in den meisten übrigen deutschen Staaten. Ueberall sind, zur Festsetzung der Grundideen eines Wirthsichaftsplanes, stets mehrere Forsttechniker vereint, welche sich darüber besrathen, und überdies sindet nachher eine sehr sorgfältige Revision der Arbeit statt.

Wenn aber jene Staaten, die wir uns in forstlicher Hinsicht zum Muster nehmen müssen, die Nothwendigkeit einer sorgfältigen und mehr= maligen Durchberathung der Wirthschaftsoperate erkannt haben, so wird

die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung gewiß auch für unsere Verhältnisse gelten dürfen. In so vollkommener Form werden wir sie freilich nicht einführen können, jedoch ist dieß kein Grund, um nicht wenigstens das, was man haben kann, zu benutzen und zu glauben, es werde keinen Vortheil bieten, wenn dem Bund das Recht der Prüfung der Wirthsschaftspläne eingeräumt sei.

Die Anforderungen, die zum Bollzug der Art. 16 und 17 des eidg. Forstpolizeigesets an die Kantone gestellt werden müssen, sind nach obigen Auseinandersetzungen ziemlich bedeutend, und es erscheint daher gewiß angemessen, daß der Bund, wie er z. B. die Walds Bermessungen durch Uebernahme der Triangulation erleichtert, auch etwas zur Förderung der Wirthschaftsplanarbeiten, namentlich der provisorischen, beitrage. Es frägt sich nur in welcher Weise dieß geschehen kann.

Direkte Beiträge erscheinen nicht passend und sind auch im Gesetz nicht vorgesehen.

Wirksamer und verhältnismäßig mit geringen Mitteln könnte der Bund diese Arbeiten unterstüßen, wenn er die nöthigen Kopien und Vergrößerungen der topographischen Original=Aufnahmen im Maßstab von ½00000 und ½25000 beforgen ließe und unentgeldlich oder doch zu billigem Preise an die Waldbesißer abgäbe.

Diese Karten werden, bei Mangel irgend welchen besseren Materials, für die provisorischen Wirthschaftspläne als Grundlage dienen müssen. Von denselben sind bis dato von ca. 250 Blättern, die auf das eidg. Forstgebiet fallen, nur ca. 60 Blätter publizirt worden, andere Karten in diesem großen Maßstabe besigen aber die meisten Kantone nicht. Da nun nicht anzunehmen, daß die Originalausnahmen zur Kopie und Vergrößerung herausgegeben werden, so sinden sich die Kantone theilweise in die Unsmöglichkeit versetzt, die nöthigen Handrisse für die provisorischen Wirthschaftspläne zu beschaffen, ganz abgesehen davon, daß der Bund dieselben jedenfalls viel billiger und rascher ansertigen lassen könnte.

Die Koften, welche diese Arbeiten, d. h. die Vergrößerung der Driginalaufnahmen, und die Ausfertigung eines Handrisses, vielleicht im Maßstabe von 1:10,000 oder 1:15,000, über die Waldungen, die in jeder politischen Gemeinde gelegen sind, verursachen würden, mögen sich per Heftare auf ca. 10 Cts. belausen.

Die Abgabe solcher Karten an die Kantone würde gleichzeitig noch einen weitern Vortheil bieten. Auf dem Terrain durch den Taxator verisfizirt und berichtigt, könnten diese Blätter zur Berechnung unseres Waldsareals, und so als Grundlage zu einer Forststatistik für das

eidg. Forstgebiet dienen. Der Mangel derartiger, auch nur ganz ansnähernd richtiger Zahlen hat sich bis dato schon sehr oft und empfindlich fühlbar gemacht. Tropdem wird eine Statistik, wenn sie nicht auf diese Weise zu erlangen ist, wohl noch lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben.

Es würde sich nun fragen, in welcher Weise vorzugehen wäre, um die berührten Garantien für Ausführung der Art. 16 und 17 von den Kantonen zu verlangen, ob der Bund die bezüglichen Vollzugsverordnungen der Kantone abwarten, oder ob er nicht selbst eine Vollzugsverordnung erlassen soll.

Lettere Art des Vorgehens erschiene uns nicht nur die zweckmäßigere, sondern auch die naturgemäßere.

Wenn man von den Kantonen wünscht, daß sie nur geeignete Forstechnifer mit den Wirthschaftseinrichtungen betrauen, daß sie ihr Möglichstes thun, diese Arbeiten zu fördern, daß sie Gelegenheit bicten, die Betriebsoperate durch die eidg. Behörden verisiziren zu lassen, so muß man dieß doch sagen, denn zwischen den Zeilen des Gesetzes sind derartige Vollziehungsbestimmungen nicht zu lesen.

Zuzuwarten, um zu sehen, ob die Kontone nicht von selbst auf diese Ideen fallen, halten wir nicht für praktisch und auch nicht für klug, weil das Abändern und Zurückweisen der Vollziehungsverordnungen, die den Erwartungen nicht entsprechen, sicher mehr Unwillen erregt, als wenn man unumwunden sagt, was man eigentlich will.

Im Fernern würde durch eine eidg. Vollziehungsverordnung die Angelegenheit der provisorischen Wirthschaftspläne, deren Erledigung wirklich drängt, weitaus am wirksamsten gefördert, und alle Verschleppung von vornherein unmöglich gemacht. Daß dieß nicht so ganz überslüssig, haben wir bereits gesehen.

Durch eine Bundesverordnung könnte überdieß für das Einrichtungswesen des ganzen eidg. Forstgebietes eine gewisse Einheitlichkeit geschaffen werden, was unstreitig wichtige Vortheile bieten würde.

Dieselben beständen namentlich darin, daß man sich in diesen, nach ungefähr derselben Idee aufgestellten Operaten leichter orientiren und in Folge dessen auch eine genauere Kontrolle handhaben könnte, daß einem Taxator erspart würde, sich in jedem Kanton auf eine besondere Instruktion einarbeiten zu müssen, und ihm somit das Arbeiten erleichtert würde, und endlich darin, daß man Material erhielte, welches sich bei seiner Gleichsförmigkeit ohne große Kosten statistisch verwerthen ließe.

Um diese Gleichmäßigkeit zu erreichen, würden wir sogar noch einen Schritt weiter gehen, und gleichzeitig auch eine einheitliche Taxas

tionsinstruktion entwerfen, welche den Kantonen zur Annahme vorzulegen wäre. Bei Aufstellung dieser Taxationsinstruktion müßte natürlich den kantonalen Forstverwaltungen auch Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten geltend zu machen, und wenn man sich einmal über die Grundbestimmungen geeinigt hätte, so könnten ja die Kantone den verschiedenen lokalen Verhältnissen immer noch durch Zusätze und weniger wichtige Abänderungen Rechnung tragen.

Daß aber diese Verschiedenartigkeit so groß sei, daß sie eine einheitliche Organisation des Taxationswesens unmöglich mache, ist eine leere Nedenssart, welche noch des Beweises bedarf. Ganz Bayern, Preußen, Oesterreich, die fünf= oder zehnmal mehr öffentliche Waldungen als die ganze Schweiz besitzen, haben einheitliche Taxations-Instruktionen und doch werden diese Länder gewiß ganz andere Differenzen ausweisen, als unser kleines eidg. Forstgebiet.

Im Uebrigen ist nicht außer Acht zu lassen, daß wohl 9/10 aller jüngeren schweiz. Forstleute die Forstschule in Zurich besucht, und ob sie nun Aargauer oder Teffiner, Graubundner oder Waadtlander, dasselbe Rolleg über Betriebslehre gehört haben. Allen ift dasselbe Suftem Der Wirthschaftseinrichtung, als unseren forstlichen Verhältnissen und dem heutigen Stande der Wiffenschaft am besten entsprechend, empfohlen und damit gemiffermaßen der erfte Grund zu einer einheitlichen Betriebseinrichtung für die ganze Schweiz gelegt worden. Alle aus der schweiz. Forstschule hervorgegangenen Forstleute werden unter den verschiedenartigsten Verhältniffen, wenn auch nicht nach der gleichen Schablone, so doch nach ungefähr derfelben Grundidee, welche sie als richtig und zwedmäßig fennen gelernt haben, Wirthschaftsplane anfertigen. Wenn aber der leitende Grundgedanke derfelbe sein kann, so wird es gewiß auch nicht unmöglich sein, diesen Arbeiten durch einheitliche Instruktion annähernd dieselbe Form und Geftalt zu geben.

Ein Beweis hiefür liegt bereits darin, daß die von den Kantonen Bern, Zürich, St. Gallen unabhängig von einander aufgestellten Instruktionen für Wirthschaftseinrichtungen, ziemlich übereinstimmende Normen angenommen haben.

Nur nebenbei machen wir darauf aufmerksam, daß eine, von einem Kollegium unserer kompetenten schweiz. Forstleute durchberathene Instruktion voraussichtlich besser ausfallen würde, als wenn sich jeder Kanton selbst eine solche macht.

Die Schlüffe, zu denen wir gelangen, sind somit, furz zusammengefaßt, folgende:

- 1. Eine allgemeine, rationelle und beförderliche Durchführung der Art. 16 und 17 des eidg. Forstpolizeigesetzes wird nur stattsinden, wenn der Bund diese Angelegenheit speziell an die Hand nimmt.
- 2. Der Bund sollte von den Kantonen verlangen, am besten durch eine eidg. Vollziehungsverordnung, daß sie,
- a. die Wirthschaftspläne nur durch dazu befähigte Forstleute ansfertigen lassen;
- b. sich darüber ausweisen, wie sie eine möglichst rasche Anfertigung der Wirthschaftspläne, namentlich der provisorischen, durchzuführen gestenken;
- c. dem Bund die Möglichkeit bieten, eine Kontrolle über die Qualität der Betriebsoperate auszuüben.
- 3. Der Bund sollte die Aufstellung der Wirthschaftspläne durch Unterstützung zu fördern suchen.
- 4. Für das ganze eidg. Forstgebiet sollte im Verein mit den kanto= nalen Forstbehörden eine einheitliche Taxations=Instruktion entworfen werden.

Gefege und Berordnungen.

Gestützt auf das Gesuch des schweiz. Forstwereins um Gründung einer forstlichen Versuchsanstalt macht das eidgenöss. Forstinspektorat dem Departement für Handel und Landwirthschaft folgenden

Vorschlag für die Organisation des forstlichen Versuchswesens.

- Art. 1. Zur Anstellung von wissenschaftlichen Beobachtungen, Untersuchungen und Versuchen auf dem Gebiete der gesammten Forstwirthschaft wird eine eidg. forstliche Versuchsanstalt gegründet. Dieselbe ist zugleich Zentralanstalt für die vorhandenen und noch zu errichtenden forstlich meteorologischen und phänologischen Beobachtungsstationen (Art. 6).
- Art. 2. Diese Versuchsanstalt wird mit der Forstschule am eidg. Polytechnikum in Zürich verbunden, an der ein dritter Fachlehrer und ein Assistellen ist.
- Art. 3. Die Leitung der Versuchsanstalt wird einem der drei Fach- lehrer übertragen.

Sämmtliche Lehrer an der Forstschule sind verpflichtet, bei den Unterssuchungen und Versuchen, soweit sie in ihre Lehrfächer einschlagen, nach Maßgabe des Arbeitsplanes mitzuwirken. Die jedes Jahr zu erneuernden